

SANKT GEORGS BLATT

25. Jahrgang

November 2010

Aus dem Inhalt:

Johannes Chrysostomos	Seite	2
BP Wulff in Tarsus	Seite	3
Pro Oriente in Istanbul	Seite	4
Einheim. Kirchen d. Türkei	Seite	7
Kath.-orth. Dialog	Seite	9
Orthodoxie in Österreich	Seite	12
St. Georgs-Gemeinde	Seite	13
Kultur	Seite	15



Ikone des Hl. Johannes Chrysostomos, der vom Apostel Paulus für seinen Kommentar des Neuen Testaments inspiriert wird.

Gedanken zum österreichischen und türkischen Nationalfeiertag sowie zum Festtag des Johannes Chrysostomos

Am 13. November feiern die orthodoxen und orientalischen Kirchen den Gedenktag ihres großen Patriarchen Johannes Chrysostomos. Er wurde 354 im heutigen Antakya geboren, empfing 372 die Taufe und studierte dann in der berühmten theologischen Schule von Antiochien. Der begnadete Redner - sein Beiname heißt ja übersetzt "Goldmund" - wurde im Jahr 397 Patriarch von Konstantinopel. Wegen seiner offenen Worte musste er zweimal in die Verbannung; der Gedenktag der Ostkirchen im November erinnert daran.

Johannes Chrysostomos ist einer der Vorgänger von Patriarch Bartholomaios. In der Veranstaltung von Pro Oriente zum Thema Religion und Staat hielt der Patriarch im Österreichischen Generalkonsulat in Istanbul eine Rede, in der er diese Beziehung von Religion und Staat aus der Geschichte und Erfahrung seiner Kirche beleuchtete. Wir möchten - vielleicht etwas ungewöhnlich für die zweite

Seite - einige Gedanken daraus aufgreifen.

Der Patriarch zeigte für die Frage der Beziehung von Kirche und Staat vier Modelle auf:

Das Byzantinische Modell, das Osmanische Modell, das Türkische Modell der frühen Republik sowie das jetzt entstehende Europäische Modell.



Im ersten Gedankenkreis zum **Modell von Byzanz** wies der Patriarch darauf hin, dass die Trennung von Gesellschaft und Politik, von Sakralem und Säkularem dem Erbe der westlichen Christenheit entspringe. Im christlichen Osten gab es nie eine so klare Unterscheidung, in Byzanz wurde als ideales Modell die Synthese, wenn möglich sogar die Harmonie gesehen.

In der **Osmanischen Zeit** war die Religion eines der fundamentalen Kriterien der gesellschaftlichen Ordnung. Der Patriarch war verantwortlich für die

Christen im Osmanischen Reich mit Ausnahme der Armenier und der römischen Katholiken.

Nach Gründung der Türkischen Republik führten zahlreiche tiefgehende Reformen, die auch religiöse Toleranz als grundsätzlichen Wert festschrieben, zur Gründung eines neuen säkularen Staates. Um aber eine klare Trennung von Religion und Gesellschaft zu erreichen, schien es der **türkischen Republik** nötig, alle rechtlichen Grundlagen unabhängiger religiöser Autoritäten abzuschaffen. Es folgten auch einschneidende Maßnahmen im Hinblick auf bestehende Rechte und Institutionen bis etwa hin zur Schließung der theologischen Schule des Patriarchates 1971. Allerdings stellte sich immer wieder die Frage, wie eine Nation einerseits die Trennung von Staat und Religion proklamieren und andererseits in Fragen vorwiegend religiöser Natur eingreifen könne.

Das führte in den letzten Jahren zu einer positiveren Interpretation dieser "säkularen" Bestimmungen und es entwickelte sich nun ein **Europäisches Modell**. Gerade für Europa habe die Türkei eine besondere Bedeutung, weil in diesem Land eine tiefere Harmonie zwischen traditionellen türkischen muslimischen Werten und den säkularen Werten der zivilen Gesellschaft gefunden werden könne. Schon die Vision Atatürks, sich der "universalen Zivilisation" anzuschließen, zeige auf, dass die Interaktion von Islam und Moderne kein Widerspruch in sich selbst oder ein gegensätzlicher Ausschlussgrund sei.

Zum Blick auf eine Türkei innerhalb der Europäischen Union stellte Bartholomaios fest:

"Kritiker haben Zweifel über unsere wirkliche Unterstützung für diese edlen Bemühungen geäußert und glauben dabei, eine Unterwürfigkeit unserer Kirche dem türkischen Staat gegenüber festzustellen. Nichts könnte ferner von der Wahrheit sein. Unsere Position ist nicht von politischen Kriterien, sondern von geistigen Interessen geleitet, von der Sorge um Menschenrechte und religiöse Toleranz. Es ist unsere Überzeugung, dass der Beitritt der Türkei zur Europäischen Union für alle

ihre Bürger, einschließlich der Minderheiten, vorteilhaft wäre.

Wir stehen vielleicht vor der größten Herausforderung der Geschichte, nämlich der Herausforderung, die Trennwände zwischen Ost und West, zwischen Muslimen und Christen, zwischen allen Kulturen und Religionen der Welt niederzureißen. Als Verwalter dieses einzigartigen historischen Zeitpunktes liegt unsere Herausforderung darin, die große Kluft zu überwinden und unsere gemeinsamen menschlichen Werte zu erkennen. Das ist sicherlich Gottes Modell für unsere Welt."

In einer abschließenden Zusammenfassung versuchte der Patriarch dann, auf ein respektvolles Einhalten der jeweiligen Grenzen von Staat und

religiösen Autoritäten hinzuweisen, um Verirrungen der vergangenen zwei Millennien zu vermeiden. In Zeiten großer Auseinandersetzungen seien zeitweise scharfe Grenzziehungen als nötig angesehen worden. Heute könne umgekehrt sichtbar werden, dass religiöse Werte und religiöse Gemeinschaften weder abgewiesen noch ignoriert werden müssten, da sie immer innerhalb eines soziopolitischen Kontextes und eines kulturellen Umfeldes existierten, in dem allein sie lebendig und aussagekräftig seien.

Wir wünschen dem Bischof unserer Stadt noch lange kraftvolle Jahre auf dem Stuhl des Johannes Chrysostomos.

Franz Kangler CM

Türkei: Deutscher Bundespräsident Wulff fordert vollständige Religionsfreiheit für Christen

Die Türkei ist nach Einschätzung des deutschen Bundespräsidenten Christian Wulff bei der Stärkung der Religionsfreiheit der Christen *"in der richtigen Richtung unterwegs"*, aber noch nicht am Ziel. Wulff äußerte sich am Rande eines ökumenischen Gottesdienstes in der Pauluskirche von Tarsus. Die südtürkische Stadt ist der Geburtsort des christlichen Völkerapostels Paulus, der das Christentum für die Heidenmission geöffnet hatte.

Wulff sagte im Anschluss an die Feier in der Kirche vor Journalisten, er hoffe, dass die Türkei die Probleme der christlichen Minderheit *"alsbald"* lösen werde. Als wichtigste Fragen zählte er die Anerkennung von Gemeinden als Rechtspersonlichkeiten, den Unterhalt der Kirchen sowie die Ausbildung von Priesternachwuchs auf. Er sei erfreut, *"dass wir immer mehr Verständnis finden für unsere Wünsche"*, sagte der Bundespräsident.

Der ökumenische Gottesdienst in der Pauluskirche erfolgte mit einer Sondergenehmigung; das Gotteshaus wird sonst eigentlich als Museum genutzt. Geleitet wurde der Gottesdienst vom evangelischen Pfarrer der deutschen Gemeinde in Istanbul, Holger Nollmann, und seinem katholischen Kollegen, dem Lazaristen P. Christian Rolke CM.

Auch führende Vertreter der christlichen Minder-

heiten der Türkei beteiligten sich an der Feier: Der Segen wurde vom armenischen Erzbischof Aram Ateşyan gesprochen. Das Vaterunser betete der syrisch-orthodoxe Bischof von Adıyaman, Gregorius Melki Ürek, auf Aramäisch. Abuna Spiro Teymur von der griechisch-orthodoxen Kirche in Mersin las auf Arabisch aus dem Evangelium. *"Ein unvergesslicher Tag"*, sagte Wulff.

Pfarrer Nollmann erinnerte in seiner Predigt daran, dass auf dem Gebiet der heutigen Türkei *"die inhaltliche und konzeptionelle Entwicklung des Christentums zur Weltreligion begann"*. Auch heute noch sei das Christentum ein Bestandteil des Landes, obwohl die Christen nur noch eine winzige Minderheit seien. *"Wir sehnen uns nach vollständiger Religionsfreiheit"*, sagte Nollmann. Dies sei mehr als nur Toleranz: *"Toleranz wird gewährt oder versagt, aber Religionsfreiheit heißt, einen Rechtsanspruch zu haben. ..."*

Dabei muss es uns Christen mit einer gewissen Demut erfüllen, wenn wir zur Kenntnis nehmen, dass nirgendwo im langen historischen Prozess der Entwicklung der Menschenrechte die Kirchen als Institutionen, und schon gar nicht ihre Leitungsorgane zur Avantgarde politischer Freiheit und erst recht nicht der Religionsfreiheit gehört haben - trotz des paulinischen Credo: 'Wo

der Geist Gottes wirkt, da ist Freiheit.' Die Anerkennung der Religionsfreiheit als Menschenrecht ist in den christlichen Kirchen das Ergebnis eines



langen historischen und theologischen Entwicklungs- und Lernprozesses. Und sie ist zunächst nicht aus theologischer Erkenntnis, sondern aus eigenen Unrechtserfahrungen erwachsen. Von daher gibt es keinen Grund dafür, aus einer Haltung christlicher Überlegenheit oder gar christlicher Überheblichkeit die Lage der Religionsfreiheit z.B. in der Türkei zu betrachten.

Auf diesem Hintergrund gibt es heute gerade für uns Christen keine Alternative zum Eintreten für die Religionsfreiheit - und zwar für alle und an allen Orten; nur so ist dieses Engagement glaubwürdig. Und das heißt ganz konkret und unteilbar: für Christen in der Türkei genauso wie für Muslime in Deutschland. Dafür wollen wir eintreten - mit der Beharrlichkeit eines Paulus - nicht eifernd und kämpfend - sondern als Meister der Vernetzung, des Dialogs und der Kommunikation und vor allem als Missionare der Liebe Gottes zu den Menschen, zu allen Menschen."

Wulff hatte bereits zu Beginn seiner Türkeireise in Ankara mehr Rechte und Freiheiten für die christliche Minderheit gefordert. "Das Christentum ge-

hört zweifelsfrei zur Türkei", sagte Wulff in einer Rede vor dem türkischen Parlament.

Muslime könnten in Deutschland ihren Glauben "in würdigem Rahmen" praktizieren, sagte der Bundespräsident. Deutschland erwarte, "dass Christen in islamischen Ländern das gleiche Recht haben, ihren Glauben öffentlich zu leben, theologischen Nachwuchs auszubilden und Kirchen zu bauen".



Die Religionsfreiheit sei Teil "unseres Verständnisses von Europa als Wertegemeinschaft", sagte Wulff vor den türkischen Abgeordneten. "Wir müssen religiösen Minderheiten die freie Ausübung ihres Glaubens ermöglichen." Das sei nicht unumstritten, aber notwendig.

Wulff traf sich in Ankara auch mit Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan und mit Staatspräsident Abdullah Gül, mit dem er ebenfalls über die Religionsfreiheit sprach. Gül sagte vor Journalisten anschließend, er sei auch Präsident der christlichen und jüdischen Staatsbürger der Türkei.

Zum Abschluss seines Staatsbesuches besuchte der Bundespräsident am Freitag in Istanbul noch den Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I. von Konstantinopel und besichtigte die Hagia Sophia.

Ankara, 21.10.10 (KAP und eigener Bericht)

"Vienna-Istanbul 2010: Crossroads of Faiths and Cultures in Turkey"

Die unterschiedlichen Konzepte der Beziehungen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften in Westeuropa und in der Türkei standen im Mittelpunkt einer internationalen Tagung (11. - 13. Oktober 2010) in Istanbul, die von der Wiener ökumenischen Stiftung "Pro Oriente" gemeinsam mit

der theologischen Fakultät der Universität Istanbul und dem Österreichischen Generalkonsulat veranstaltet wurde.

Der Direktor des Instituts für Ökumenische Theologie und Orientalische Kirchengeschichte an der Universität Göttingen, Prof. Martin Tamecke,

forderte dabei die Muslime in der Türkei auf, sich für die christliche Minderheit aktiv einzusetzen. Der Staat sei zwar neutral, lebe aber von den religiösen Überzeugungen seiner Mitglieder, die Wert und Orientierung geben sollen, meinte Tamcke in seinen Ausführungen bei der Tagung: "Religion ist in Deutschland nicht einfach Privatsache, Religion hat auch öffentlichen Charakter. Die Religionsgemeinschaften können und sollen öffentlich wirken. Ihr Beitrag zum öffentlichen Leben ist ausdrücklich erwünscht."

Es sei zudem nicht genug, wenn sich eine Religionsgemeinschaft in einem Staat zu aktuellen Fragen der Moral zu Wort meldet, es müsse ihr zugemutet werden, "dass sie sich aktiv einbringt für das Recht anderer Religionen", sagte Tamcke. So hätten die Kirchen in Deutschland eine aktive Rolle bei der Einführung des muslimischen Religionsunterrichts gespielt.

Die ethische Verantwortung der Muslime im türkischen Staat erweise sich in Analogie nicht an der Ausrichtung auf die eigenen Religionsangehörigen, sondern an der Ausrichtung auf die Angehörigen anderer Religionen. Tamcke: "Sollte die Türkei eines Tages ein religiös plurales Land werden können, so nur, weil es Muslime gibt, die nicht ausgrenzen, sondern integrieren."



Und in Richtung der türkischen Tagungsteilnehmer forderte Tamcke: "Jeder Muslim in der Türkei muss sich fragen: Tue ich genug dafür, dass sich die Christen in der Türkei zu Wort melden können? Stelle ich mich sichtbar neben meine christlichen Brüder, wo es zu gewaltsamen Übergriffen gegen sie kommt? Machen wir es hinreichend deutlich, dass wir als Menschen auf der Welt nur gemeinsam die Probleme werden lösen können?" Im Übrigen

müsse sich dies natürlich auch jeder Christ in Deutschland fragen, hielt Tamcke fest.

Aufgabe des Staates sei es, allen religiösen Gemeinschaften gleiche Rechte und Privilegien zuzugestehen: "Zahlt der Staat den Imam, dann müsste er auch den Priester zahlen. Richtet er islamisch-theologische Fakultäten ein, so müsste er auch christlich-theologische Studienmöglichkeiten garantieren." Dabei müsse das Hauptaugenmerk immer auf der Minorität liegen, da die Majorität es leichter habe, sich zu artikulieren.

Europäische Standards

Der Wiener Kirchenrechtler Prof. Richard Potz skizzierte in seinen Ausführungen die wesentlichen europäischen Standards im Verhältnis von Staat und Religion: Die wichtigste Gemeinsamkeit in allen Staaten bestehe in der umfassenden Gewährleistung der individuellen Religionsfreiheit, die auch einen Religionswechsel miteinschließe. Aus dieser individuellen Freiheit folge die autonome Existenz von Religionsgemeinschaften. Die Selbstbestimmtheit der Religionen gelte für Länder mit klaren Trennungssystemen wie in Frankreich, aber ebenso in Ländern wie England mit einem Staatskirchentum. Dort müssten bestimmte kirchliche Entscheidungen zwar das Parlament passieren, dies sei letztlich aber nur ein Formalakt.

Ein weiteres wesentliches Merkmal sei die religiöse Neutralität des Staates, so Potz. Vor diesem Hintergrund werde den Religionsgemeinschaften aber die Möglichkeit geboten, spezifische Rechtsformen anzunehmen. Das Spektrum reiche hier von einer öffentlich-rechtlichen Stellung, wie dies in Österreich oder Deutschland der Fall sei, bis zu einem Sondervereinsrecht in Frankreich oder treuhändischen Konstruktionen in Irland.

Die Situation in der Türkei sei derzeit mit den europäischen Standards jedenfalls nicht vereinbar, meinte Potz am Rande der Tagung im Gespräch mit "Kathpress". Das Grundproblem liege darin, dass man in der Türkei vor dem Hintergrund des laizistischen Modells des Kemalismus in Wirklichkeit eine Art "Staatskirchenhoheit" etabliert habe. So sei es eigentlich undenkbar, dass in einem laizistischen Staat zugleich eine Religionsbehörde

mit 150.000 Beamten eingerichtet ist, die das Leben der muslimischen Religionsgemeinschaft ganz wesentlich bestimmt. Auch die Art des Religionsunterrichts passe nicht in ein europäisches Konzept, betonte Potz.

Islamophobie in der westlichen Welt

Als Vertreter der türkischen Seite hoben der Dekan der theologischen Fakultät der Universität Istanbul, Prof. Şinasi Gündüz, sowie Botschaftsrat Seyfi Bozkuş (Wien) als Vertreter des staatlichen Religionsamtes (Diyanet) die Bemühungen der Türkei um Reformen hervor. Gündüz sprach etwa von den Bemühungen der Regierung, ehemals enteigneten Besitz an kirchliche Stiftungen zurückzugeben. Und er zeigte sich zuversichtlich, dass die theologische Hochschule des ökumenischen Patriarchats auf Heybeli (Chalki) demnächst wieder eröffnet werden könne.

Der Dekan kritisierte Tendenzen in westeuropäischen Ländern, Vorbehalte gegen Muslime für politische Zwecke zu missbrauchen und sprach in diesem Zusammenhang auch die jüngste Wiener Landtagswahl an. Kritisch führten Gündüz wie auch Bozkuş das Minarettverbot in der Schweiz und die Diskussionen rund um Moscheebauten in Deutschland an. Sie orteten eine weit verbreitete Islamophobie in der westlichen Welt.

Dem hielt der ehemalige österreichische Botschafter Michael Weninger entgegen, dass man genauso gut von einer Christianophobie in der islamischen Welt sprechen könne. Dr. Weninger plädierte für einen "Dialog, zu dem es keine Alternative gibt". Zugleich wäre es hilfreich, den Politikern die Themenführerschaft bei diesem Dialog zu entziehen. Statt einem Denken in Legislaturperioden brauche es langfristig angelegte Begegnungen und Gespräche. Dabei müssten auch die Ängste und Bedürfnisse der Menschen ernst genommen werden, so Weninger.

Botschaftsrat Bozkuş zeigte sich skeptisch, dass die derzeit in Deutschland im Aufbau befindlichen islamischen universitären Ausbildungseinrichtungen der islamischen Glaubenslehre entsprechen würde. Einzelne Lehrende seien jedenfalls abzulehnen. Einem solchen "Euro-Islam" könne er nicht zustimmen.

Weninger wies in Folge darauf hin, dass es in Europa aber durchaus einen alteingesessenen "Euro-Islam" gebe. Er verwies auf die finnischen Muslime in Kareliden sowie auf Bosnien.



Der zweite Tag war den christlichen Kirchen gewidmet. (Siehe "Situation der einheimischen Kirchen in der Türkei", "Türkei: Christen wollen kein Fremdkörper in der Gesellschaft sein" sowie die Gedanken auf Seite 2).

Einen bewegenden Abschluss dieses Tages boten die Worte von Prof. Hüseyin Hatemi, bei dessen Vortrag den Zuhörern wieder die Tiefe islamischen Denkens in der Türkei bewußt wurde.

Kontakte zwischen Österreich und Byzanz

Einen kulturellen Schwerpunkt ermöglichten Vertreter der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW). Sie präsentierten Belege für die intensiven Kontakte zwischen Österreich und Byzanz im Mittelalter. So wies z. B. Christian Gastgeber auf die rund 1.000 griechischen Handschriften in der Österreichischen Nationalbibliothek hin, von denen einige von außerordentlichem Wert seien.

In Wien besitze man etwa ein Register aus der Kanzlei des Ökumenischen Patriarchats, aus dem sich alle kirchlichen und politischen Handlungen des Patriarchats im 14. Jahrhundert nachverfolgen ließen, nannte Gastgeber als Beispiel.

Ekaterini Mitsiou präsentierte aus diesem Register jene Passagen, aus denen sich das Leben in den Nonnenklöstern in Konstantinopel rekonstruieren läßt.

Johannes Preiser-Kapeller schließlich skizzierte einige historische Verbindungslinien zwischen Österreich und Konstantinopel. So seien beispielsweise zwei Babenberger-Herzöge mit byzantinischen Prinzessinnen verheiratet worden und in der Gozzoburg in Krems fänden sich Wandmalereien aus dem 12. Jahrhundert, die eindeutig einer byzantinischen Version einer Buddhageschichte entnommen sind.

Istanbul, 12.10.10 (KAP und Eigenbericht)

Türkei: Situation der einheimischen Kirchen

Alle einheimischen christlichen Kirchen unterstützen einen EU-Beitritt der Türkei. Das wurde im Rahmen des Symposiums "Vienna-Istanbul 2010: Crossroads of Faiths and Cultures in Turkey" in Istanbul deutlich. Sowohl der Ökumenische Patriarch Bartholomaios I., wie auch der armenische Vikar des Patriarchen, Erzbischof Aram Ateşyan und der syrisch-orthodoxe Metropolit Yusuf Çetin von Istanbul sprachen sich eindeutig für einen Beitritt aus. Eine bessere Etablierung der Menschenrechte und im besonderen auch der Religionsfreiheit würde nicht nur den Minderheiten im Land sondern allen Bürgern zugute kommen, sagte Patriarch Bartholomaios I. Es brauche eine neue Definition der Beziehungen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften auf der Basis der Religionsfreiheit (siehe Seite 2).

Erzbischof Aram Ateşyan und Metropolit Çetin zeigten sich unglücklich darüber, als Minderheit in der Türkei bezeichnet zu werden. Die armenischen wie auch die syrischen Christen würden seit jeher in der Türkei leben, viel länger als die Muslime. Er wolle sich daher auch nicht für Minderheitenrechte aussprechen, so Ateşyan, sondern schlicht für die Gleichheit aller türkischen Bürger. Und Metropolit Çetin fügte hinzu: "Wir haben eine 5.500-jährige Geschichte hier. Unsere Kirche ist auf dem Boden der Türkei gegründet worden."

Ateşyan erinnerte daran, dass es in der Türkei Anfang des 20. Jahrhunderts noch 2.200 Kirchen und über 1.000 kirchliche Schulen der armenisch-apostolischen Kirche gegeben habe. Heute seien es noch 45 Kirchen und 15 Schulen.



Erzbischof Ateşyan vertrat den armenischen Patriarchen Mesrob II., der aufgrund einer schweren Erkrankung seit längerer Zeit amtsunfähig ist. Der 54-jährige leidet an einer fortschreitenden Gehirnerkrankung. Ateşyan wurde deshalb Anfang Juli vom erweiterten "Rat der

Geistlichen", in dem er selbst den Vorsitz führt,

zum Stellvertreter des Patriarchen gewählt. Die Wahl gilt innerkirchlich aber als umstrittenen.

Ein positives Signal des türkischen Staates war hingegen die Erlaubnis der türkischen Behörden, dass künftig jedes Jahr ein Gottesdienst in der Heilig-Kreuz-Kathedrale auf der Insel Aktamar im Van-See in Ostanatolien stattfinden darf. Der erste diesbezügliche Gottesdienst im September wurde zu einem vielbeachteten Medienereignis. Diesem ersten Gottesdienst nach 95 Jahren stand Erzbischof Ateşyan vor.

Die armenisch-apostolische Kirche hat in der Türkei noch rund 70.000 Gläubige. In Istanbul gibt es vier Diözesen, in Anatolien eine. Daneben gibt es auch noch rund 3.000 armenisch-katholische Christen in Istanbul.

Auch der syrisch-orthodoxe Metropolit Çetin forderte mehr Rechte für seine Kirche. So gebe es beispielsweise in Istanbul für die Gläubigen nur eine Kirche, die im Stadtteil Tarlabası in Beyoğlu liegt. Aus diesem Grund nutze die Gemeinde Kirchen anderer Konfessionen, wie die katholische Kirche Saint Etienne im europäischen Teil der Metropole im Stadtteil Yeşilköy. Man wolle aber eine zweite eigene Kirche bauen, das würden die Behörden aber nicht zulassen.

Der Metropolit kritisierte auch, dass die Syrer keine eigenen Schulen unterhalten dürften. Ohne eigene Schulen sei es kaum möglich, dass die syrischen Kinder und Jugendlichen die eigene Sprache entsprechend erlernen können. Der türkische Staat erkennt nur die griechisch-orthodoxe Kirche, die Armenier und das Judentum als religiöse Minderheiten an, denen er - allerdings auch nur beschränkt - Rechte wie eigene Schulen einräumt.

Die syrisch-orthodoxe Kirche wie auch die katholische und andere Kirchen werden aufgrund einer umstrittenen Auslegung des Friedensvertrags von Lausanne von 1923 nicht als Institutionen anerkannt. Derzeit leben in der Türkei noch 20.000 syrisch-orthodoxe Christen. Davon 15.000 in Istanbul und 5.000 im Südosten des Landes, im Tur Abdin.

Istanbul, 13.10.10 (KAP)

Türkei: Christen wollen keine Fremdkörper in der Gesellschaft sein

Die Christen in der Türkei wollen endlich als Einheimische von der muslimischen Bevölkerungsmehrheit akzeptiert werden. Das hat der langjährige Direktor des österreichischen St. Georgs-Kollegs in Istanbul, Franz Kangler, betont. Im Gespräch mit "Kathpress" am Rande einer internationalen Tagung in Istanbul wies Kangler darauf hin, dass die Muslime die Christen immer noch als Fremdkörper in der Gesellschaft ansehen würden. Und das, obwohl die Christen schon auf eine wesentlich längere Vergangenheit in der Türkei zurückblicken könnten als die Muslime.

Kangler ortete in der jüngsten Vergangenheit jedoch auch Ansatzpunkte dafür, dass sich der Status der Christen im Land künftig verbessern könnte. Er erläuterte dies u. a. am nach wie vor ungelösten Problem der rechtlichen Anerkennung des Ökumenischen Patriarchats: So erkennen die türkischen Behörden weder den Titel des Ökumenischen Patriarchen noch die Aufgaben des Patriarchats für die gesamte Orthodoxie an. Sie sehen offiziell in Bartholomaios I. lediglich den obersten Seelsorger der wenigen tausend in der Türkei verbliebenen griechisch-orthodoxen Christen. Wenn der Patriarch gesamtorthodoxe Aufgaben wahrnimmt, sei das von den türkischen Behörden bislang sehr kritisch gesehen worden, so Kangler.

Er erinnerte an die Rolle von Bartholomaios I. bei der Lösung des Konflikts rund um den umstrittenen Patriarchen von Jerusalem, Irinaios I., im Jahr 2005. Nachdem zahlreiche Geistliche des Jerusalemer Patriarchats ihrem Oberhaupt u.a. wegen umstrittener Grundstücksgeschäfte die Gefolgschaft aufgekündigt hatten und es zur offenen Konfrontation gekommen war, schritt der Ökumenische Patriarch ein. Er berief in seinem Sitz (Phanar) eine panorthodoxe Kirchenversammlung (Synode) ein, zu der fast alle Oberhäupter der selbständigen (autokephalen) orthodoxen Kirchen gekommen waren und auf der der Jerusalemer Patriarch für abgesetzt erklärt wurde.

Türkischer Staat setzt neue Akzente

In der Türkei wurde am Vorgehen des Patriarchen Kritik geübt, da dies nun wirklich nichts mit der

seelsorglichen Betreuung der türkischen orthodoxen Christen zu tun habe. Allerdings habe der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan sich jüngst derart geäußert, dass sich der türkische Staat für innerkirchliche Fragestellungen nicht zuständig fühle. Auch dürfte sich bei den politisch Verantwortlichen die Ansicht durchzusetzen beginnen, "dass das Patriarchat eine bereichernde Facette des großen kulturellen Erbes der Türkei ist".



Franz Kangler im Gespräch mit dem syrisch-orthodoxen Metropolitan Yusuf Çetin von Istanbul

Sehr hohe Bedeutung maß Kangler auch dem jüngsten Schritt der Regierung zu, 14 Metropolitane der Diaspora die türkische Staatsbürgerschaft zu verleihen. Nach türkischen Vorschriften darf das Patriarchenamt nur von einem türkischen Staatsbürger bekleidet werden. Zuletzt kamen deshalb nur mehr 15 Geistliche für das Amt in Frage, von denen schon elf über 70 Jahre alt sind. Mit den 14 neuen Kandidaten dürfte die Nachfolge nun kein Problem sein, auch wenn Bartholomaios erst 70 Jahre zählt. Kangler wertete den Schritt als "großes Hoffnungszeichen", das klar mache, "dass der Staat kein Interesse mehr am Verschwinden des Patriarchats hat".

Erbe der Geschichte

Wie Kangler erläuterte, gehe die bislang negative und keineswegs schon ganz überholte Einstellung der Türkei zum Patriarchat bis zum Unabhängigkeitskrieg gegen Griechenland und die Westmächte nach dem Ersten Weltkrieg zurück, als griechische Truppen und ihre westlichen Alliierten weit in die Türkei vorgedrungen waren. Das Patriarchat

sei dabei von vielen Türken als Verbündeter und Teil der Invasoren betrachtet worden. Deshalb hätte es die Türkei auch am liebsten gesehen, wenn es völlig aus Istanbul und der Türkei verschwunden wäre. Im Vertrag von Lausanne 1923, der Gründungsurkunde der Republik Türkei, sei aber der Bestand des Patriarchats in Konstantinopel gesichert worden.

In Folge seien die Begriffe "ökumenisch" und "Konstantinopel" in der Türkei bis heute sehr negativ besetzt. Kritiker werfen dem Patriarchen vor, damit auch politische Ziele zu verfolgen, "auch wenn dieser immer wieder versichert, dass er keine politischen Ambitionen hegt, sondern es ihm lediglich um innerkirchliche Aufgaben des Patriarchats geht", so Kangler.

Der langjährige Direktor des St. Georgs-Kollegs warnte im "Kathpress"-Gespräch auch vor vorschnellen Erwartungen hinsichtlich einer Besser-

stellung der Kirchen im Land. Die türkische Regierung müsse bei allen Vorhaben zugunsten der christlichen Minderheiten auf innenpolitische Gegebenheiten Rücksicht nehmen. Das betreffe etwa auch die Wiedereröffnung der theologischen Hochschule von Heybeli (Chalki), die viele Beobachter nach jüngsten Regierungsäußerungen noch für 2011 erwarten. Für die Wiedereröffnung müssten eine Reihe von Vorschriften geändert werden, was zwar durchaus realistisch sei, aber auch im Rahmen eines innenpolitischen Spiels abgewogen werden müsse, so Kangler.

Kangler wirkt seit 33 Jahren in der Türkei und war von 1983 bis August 2010 Direktor des St. Georgs-Kollegs. Er gehört der Ordensgemeinschaft der Lazaristen mit Sitz in Graz an, die der Schulerhalter ist. Als Vertreter des Schulerhalters wird Kangler auch weiterhin in Istanbul wirken.

Istanbul, 14.10.10 (KAP)

Katholisch-orthodoxer Dialog: Die strittige Frage des Papstamtes

Eine insgesamt positive Bilanz zur katholisch-orthodoxen Dialogkonferenz (20. - 26. Sept 2010) in Wien zog der Präsident des päpstlichen Einheitsrates und Leiter der katholischen Delegation, Erzbischof Kurt Koch. Allein die Tatsache, dass es überhaupt zu der Zusammenkunft der rund dreißigköpfigen "Kommission für den theologischen Dialog zwischen der katholischen und orthodoxen Kirche" gekommen sei, wertete der vatikanische "Ökumene-Minister" als "ganz großen Fortschritt". Gewiss gebe es weiterhin "verschiedene Lesarten" bei der Frage nach der Rolle des Bischofs von Rom im ersten Jahrtausend - so das offizielle Thema der Tagung -, im Mittelpunkt stehe aber die "Annäherung auf der menschlichen Ebene", denn "nur wenn man freundschaftlich miteinander umgehen kann, ist theologischer Dialog möglich".

Es gebe eine große gegenseitige Lernbereitschaft unter den Kirchen, so der Tenor einer während der Tagung stattgefundenen Pressekonferenz mit Kardinal Christoph Schönborn, Erzbischof Koch, sowie dem Leiter der orthodoxen Delegation, Metropolit Ioannis (Zizoulas) von Pergamon. Auch wenn es noch keine konkret fassbaren Ergebnisse gebe, so habe das Studium der histori-

schen Quellen bereits gezeigt, dass es in der Praxis tatsächlich eine gelebte Vorrangstellung Roms unter den fünf klassischen Sitzen (Konstantinopel, Alexandrien, Antiochien und Jerusalem) im ersten Jahrtausend gegeben habe, wie dies das Dokument von Ravenna (2007) bereits festgehalten habe.

Bischof Koch und Metropolit Ioannis unterstrichen, dass die Gespräche die unbedingte Zuordnung von Synodalität und Primat sichtbar gemacht haben. "Es gibt keinen Ersten (protos) ohne das Prinzip der Synodalität und keine Synodalität ohne den Ersten", so Ioannis. Das Quellenstudium habe gezeigt, dass dieses Prinzip der "Wechselseitigkeit von Primat und Synodalität" tatsächlich im ersten Jahrtausend zwischen den Kirchen gelebt wurde. Bischof Koch räumte zu dieser Frage ein, dass die katholische Kirche ihre Stärke in der Ausfaltung des Primatsgedankens habe, die Orthodoxie hingegen die Synodalität stärker hervorhebe. "Ich gebe zu, dass die katholische Kirche bei der Synodalität Nachholbedarf hat", so Koch. Ökumene bedeute jedoch immer ein gegenseitiges Voneinander-Lernen.

Als wesentliche "Zukunftsfrage" bezeichnete Koch die Frage nach dem Modell der angestrebten

kirchlichen Einheit. Dazu seien noch weitere Klärungen gerade auf Seiten der zahlreichen autokephalen Kirchen notwendig. "Wir werden einander offen sagen müssen, was wir uns für ein Modell an Kircheneinheit vorstellen". Dies könne jedoch nicht ein monolithisches Einheitsmodell sein, das über bestehende kulturelle Unterschiede einfach hinwegsieht. Diese gelte es auch zukünftig zu pflegen und als Bereicherung der Kirche zu verstehen, waren sich Koch und Ioannis einig.

Ioannis räumte seinerseits ein, dass die Autokephalie bei der Suche nach einem gemeinsamen Einheitsverständnis tatsächlich "ein Problem" darstelle - "insbesondere, wenn die Autokephalie mit nationalistischen Aspekten einhergeht". Zuversichtlich zeigte sich Ioannis in diesem Zusammenhang zur Frage nach einem gemeinsamen panorthodoxen Konzil. "Ich bin froh, sagen zu können, dass wir gute Fortschritte in Richtung eines solchen Konzils machen, und ich hoffe, dass wir sehr bald in der Lage sein werden, ein solches einzuberufen."

Die Situation im ökumenischen Dialog beschrieb Koch als "nicht leicht", da es eine "neue Generation von Glaubenden und Theologen" gebe, die den "Aufbruch in der Ökumene nicht erlebt" habe. Es fehle daher zum Teil jener Schwung des Aufbruchs, den etwa das Zweite Vatikanische Konzil vermittelt habe.

Katholisch-orthodoxer Dialog braucht mehr Ernsthaftigkeit

Dies mahnt der Wiener Ostkirchenexperte Prof. Rudolf Prokschi von der katholischen und orthodoxen Kirche ein. Er bedauerte, dass es auf der Ende September in Wien zu Ende gegangenen Tagung der katholisch-orthodoxen Dialogkonferenz nicht gelungen sei, ein gemeinsames Dokument zu verabschieden. Wie Prof. Prokschi erläuterte, sei weder die orthodoxe noch die katholische Seite derzeit imstande, diese Frage objektiv und neutral zu behandeln. Die katholische Seite sei stark vom heute bestehenden päpstlichen Primat geprägt und blicke von dieser Perspektive aus zurück in das erste Jahrtausend. Prokschi: "An verschiedenen historischen Begebenheiten versucht man in Folge festzumachen, dass schon im ersten

Jahrtausend die Vorrangstellung des Bischofs von Rom klar festgeschrieben gewesen sei."

Die orthodoxe Seite wiederum gehe von einem nicht-hierarchisch strukturierten Kirchenverständnis aus und blicke von dieser Basis und ihrer gegenwärtigen Erfahrungswelt aus in das erste Jahrtausend zurück: "Die Orthodoxie betont, dass die Patriarchate gleichrangig waren." Zwar habe es eine Reihenfolge gegeben, wobei dem Bischof von Rom der erste Rang zugekommen war, doch seien damit keine besonderen Vollmachten verbunden gewesen, so die orthodoxe Position.

Prof. Prokschi erinnerte an das Dokument von Ravenna 2007: Dieses Experten-Dokument, sei in Folge von keiner Kirche offiziell aufgegriffen worden. Dabei gäbe die Ravenna-Erklärung einen guten Rahmen ab, den bisher erreichten Konsens zu fixieren, auch wenn es im Detail noch viele



Während einer Sitzung der katholisch-orthodoxen Dialogkonferenz (20. - 26. September 2010) in Wien

offenen Fragen gebe. Prokschi: "Es wäre beispielsweise ein schönes und bedeutsames Zeichen, wenn der Papst das Dokument von Ravenna ratifizieren würde." Eine solche Ratifizierung - von beiden Seiten - wäre ein wichtiger Schritt und würde zeigen, wie ernst die Kirchen die Arbeit der Dialogkommission nehmen. Prokschi räumte allerdings auch ein, dass eine solche Ratifizierung in der orthodoxen Kirche noch viel schwieriger zu erreichen sei als in der katholischen. Schließlich müsste jede einzelne orthodoxe Kirche einen solchen Schritt setzen. Eine gewisse Hoffnung setze er deshalb auch in ein künftiges panorthodoxes Konzil.

Wien-Münster, Oktober 2010 (KAP)

Orthodoxe Kirche auf dem Weg ins 3. Jahrtausend

Eine der großen Fragen der Orthodoxie heute ist, ob es ihr gelingt, innerkirchliche Probleme und Strukturfragen zu lösen: Dazu zählt u.a. die Stellung des Ökumenischen Patriarchen innerhalb der Orthodoxie sowie damit verbundene Fragen der kirchlichen orthodoxen Strukturen.

Die Spannungen rund um die "Estonische Apostolische Kirche", deren Abspaltung vom Moskauer Patriarchat nicht anerkannt wurde, zeigen deutlich das Problem der Orthodoxie: Aufgrund der großen gesellschaftspolitischen Veränderungen des 19. und v. a. 20. Jahrhunderts mit der Entstehung neuer Staaten und großen Migrationsbewegungen sieht sich die orthodoxe Kirche gezwungen, ihre traditionelle jurisdiktionelle Einteilung zu reformieren.

So spalteten sich mit der Entstehung neuer Staaten orthodoxe Teilkirchen ab, die von den anderen aber nicht anerkannt wurden, zum anderen siedelten viele Orthodoxe in Länder aus, die nicht zum traditionellen Gebiet der orthodoxen Kirche gehören. Weiters haben auch in Gebieten, die seit langem zum Einzugsgebiet der Orthodoxie gehören, politische Veränderungen zu Spannungen geführt, beispielsweise in der Ukraine oder in Ex-Jugoslawien.

Inakzeptabler "Papst des Ostens"

Auch ohne russisch-orthodoxe Unterschrift verabschiedeten die orthodoxen (und katholischen) Delegierten in Ravenna am 13. Oktober 2007 das öffentlich viel beachtete "Ravenna-Dokument", in dem beide Seiten übereinstimmten, dass Rom in der Ordnung der ungeteilten Kirche des ersten Jahrtausends "die erste Stellung einnahm und dass der Bischof von Rom deshalb der Erste unter den Patriarchen war". Inhaltlich kritisierte der russisch-orthodoxe Bischof Hilarion in Folge am Ravenna-Papier die Bemerkung, wonach die Kirchen des Ostens nach dem Schisma von 1054 ihre Konzilien "in Gemeinschaft mit dem Sitz von Konstantinopel" einberufen hätten. Das stilisiere den Ökumenischen Patriarchen auf inakzeptable Weise zu einem "Papst des Ostens". Von Seiten des Patriarchats wurde dieser Vorwurf zurückgewiesen.

Dennoch nimmt das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel unter der orthodoxen Kirchen als

"primus inter pares" unbestritten den ersten Platz ein. Der ökumenische Patriarch ist somit "der Erste, aber nicht der Höchste", wie der griechisch-orthodoxe Theologe Prof. Grigorios Larentzakis betont. Die Patriarchen oder Erzbischöfe der einzelnen orthodoxen Kirchen stünden nicht unter der Jurisdiktion des Ökumenischen Patriarchen. Dieser dürfe sich nicht willkürlich in die inneren Angelegenheiten der Schwesterkirchen einmischen und hineinregieren. Larentzakis: "Er ist kein orthodoxer hierarchischer Monarch, auch kein Papst der Orthodoxie."

Der Ökumenische Patriarch habe aber sehr wohl gesamtorthodoxe "Aufgaben, Dienste und Rechte" wahrzunehmen, die nur ihm zukommen würden. Das betreffe Koordinationsaufgaben, die alle orthodoxen Kirchen betreffen, die Überwindung von zeitweiligen Schwierigkeiten innerhalb einzelner orthodoxer Kirchen und schließlich die Gründung von neuen autokephalen Kirchen. Es sei daher nicht zulässig, die Stellung des Ökumenischen Patriarchen innerhalb der Gesamtorthodoxie bloß als "Ehrenprimat" zu bezeichnen, so Larentzakis.

Panorthodoxes Konzil

Faktum ist, dass es zu den Aufgaben des Ökumenischen Patriarchen auch gehört, ein Panorthodoxes Konzil, die höchste kirchliche Autorität, einzuberufen. In der Praxis ein mehr als nur schwieriges Unterfangen: Das letzte derartige Konzil fand 879 in Konstantinopel statt. Danach versammelten sich die Kirchenoberhäupter nur noch zu Synoden. Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es überhaupt neue Vorstöße für ein "Heiliges und Großes Konzil der Orthodoxie".

Die Entstehung der verschiedenen **orthodoxen Bischofskonferenzen** in der Diaspora resultierte aus dem Treffen der internationalen Vorbereitungskommission 2009 in Chambesy. Noch ist nicht klar, wann es tatsächlich zu einem dringend notwendigen Panorthodoxen Konzil kommen wird. Der orthodoxe Metropolit von Austria, Michael Staikos, hofft, dass beim nächsten Treffen 2011 die letzten strittigen Punkte gelöst werden können.

Wien, 19.09.10; 08.10.10 (KAP)

Orthodoxe Bischofskonferenzen in Österreich gegründet

Entstehungsgeschichte

Im Oktober 2008 hatte nach zwei Jahrzehnten Unterbrechung ein Treffen aller orthodoxen Kirchenoberhäupter aus Anlass des Paulus-Jubiläums in Istanbul den Weg für eine Wiederaufnahme der Vorbereitung des Panorthodoxen Konzils freigemacht. Die nächste Sitzung der Interorthodoxen Vorbereitungskommission fand im Juni 2009 in Chambesy (Schweiz) statt. Rund 40 Vertreter aller kanonischen orthodoxen Kirchen nahmen an der Tagung teil. Im Schlussdokument der Konferenz wurde ausdrücklich betont, dass der "gemeinsame Wille" aller orthodoxen Kirchen zum Ausdruck gekommen wäre, das Problem der kirchenrechtlichen Organisation der "orthodoxen Diaspora" im Einklang mit der orthodoxen Lehre von der Kirche, mit der Tradition und der kirchenrechtlichen Praxis zu lösen.

Die Lösung des jahrelangen Streites darüber, ob für die orthodoxe "Diaspora" das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel allein zuständig sein soll, wie das schon ein Beschluss des Konzils von Chalcedon 451 nahe legt, oder ob die heutige Praxis der Leitung jeder Diasporadiözese durch die jeweilige Mutterkirche beibehalten wird, wurde "salomonisch" gelöst: Konstantinopel akzeptiert die Diasporabischöfe der verschiedenen orthodoxen Kirchen. Doch werden diese in den Diasporaländern in Bischofsversammlungen zusammengefasst. Den Vorsitz in den neuen Bischofsversammlungen soll jeweils der örtlich dienstälteste Bischof des Ökumenischen Patriarchats übernehmen. Wenn es keinen solchen gibt, geht der Vorsitz an den jeweils dienstältesten Bischof des nächsten Patriarchats auf der orthodoxen Ehrenliste über.

Bischofskonferenzen in Mitteleuropa

Infolge der Beschlüsse von Chambesy gründeten die orthodoxen Bischöfe in Deutschland Ende Februar 2010 eine eigene Bischofskonferenz, die Schweizer folgten am 4. März.

Am 8. Oktober 2010 fand die konstituierende Sitzung der Orthodoxen Bischofskonferenz in Österreich statt. Unter dem Vorsitz des griechisch-orthodoxen Metropoliten Michael Staikos vom

Ökumenischen Patriarchat nahmen Vertreter der serbisch-orthodoxen, rumänisch-orthodoxen, bulgarisch-orthodoxen, russisch-orthodoxen und georgisch-orthodoxen Kirche an der konstituierenden Sitzung teil.

Metropolit Staikos betonte in seiner Eröffnungsansprache, dass sich die orthodoxe Kirche in Österreich in einer neuen Situation mit großen Herausforderungen befinde. Die Orthodoxie sei in Österreich stark gewachsen. Etwa 500.000 orthodoxe Christen seien eine Realität, "die nicht unberücksichtigt bleiben darf". Staikos: "Das Zusammenleben in einer neuen Gesellschaft mit einer vielfältigen und pluriformen kulturellen und religiösen Wirklichkeit verlangt neue und konkrete Anstrengungen von den Verantwortlichen der Kirche, damit wir den neuen Bedürfnissen und Herausforderungen gerecht werden. ... Nur mit einer einheitlichen Stimme können wir Orthodoxe ein kräftiges und hörbares orthodoxes Zeugnis ablegen und den Verdacht der Uneinigkeit und der vermuteten und wirklichen Überbetonung einzelner Nationalismen zerstreuen."

Absage an Nationalismus

Staikos bekräftigte im Anschluss an die Sitzung nochmals seine Absage an jede Form eines orthodoxen Nationalismus. Jede orthodoxe Kirche vertrete zwar eine Nation und habe auch die Aufgabe, die Gläubigen bei der Bewahrung der eigenen nationalen Identität zu unterstützen, jede Form von Nationalismus sei aber strikt abzulehnen. "Nationalismus und orthodoxes Christentum passen nicht zusammen", so Staikos wörtlich. Gerade in der Diaspora müsse die gemeinsame orthodoxe Identität vor jener der nationalen stehen.

Mit 1. Jänner 2011 soll die orthodoxe Militärseelsorge ihre Arbeit aufnehmen und auch eine entsprechende orthodoxe Krankenhaus- und Gefängnis-seelsorge wäre notwendig. Das sei im Rahmen der konstituierenden Sitzung auch erörtert worden. Die Erfüllung dieser Aufgaben gestalte sich aber aus Personalgründen schwierig, räumte der Metropolitan von Austria ein.

Wien, 19.09.10; 08.10.10 (KAP)

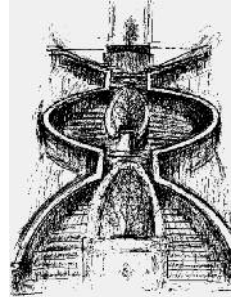
November 2010

- Mo 01.11. **Allerheiligen** (Mt 5,1-12a)
18.30 Uhr **Gottesdienst**
- Di 02.11. **Allerseelen**
18.30 Uhr **Gottesdienst**
- Mi 03.11. 16.00 Uhr **Gottesdienst am Friedhof Feriköy zum Totengedenken**
anschl. Kranzniederlegung durch den Österreichischen Generalkonsul
- Fr 05.11 18.30 Uhr Ausstellungseröffnung
Rabnitztaler Malerwochen 2010
in der St. Georg Galerie
- So 07.11. **32. Sonntag im Jahreskreis**
(Lk 20,27.34-38)
10.30 Uhr **Einführung von Pfarrer P. Rolke CM** durch Bischof Pelâtre und Pfr. Lang (Leiter des deutschen Katholischen Auslandssekretariates in Bonn)
in St. Paul
Kein Gottesdienst in St. Georg
- So 14.11. **33. Sonntag im Jahreskreis** (Lk 21,5-19)
10.00 Uhr **Gottesdienst**
- So 21.11. **Christkönigssonntag** (Lk 23,35-43)
10.00 Uhr **Gemeindegottesdienst**
- Sa 27.11. ab 12.00 Uhr **Weihnachtsbasar im Alman Lisesi** (siehe nebenan)
- Mi 24.11. 19.30 Uhr Vorträge über Gott und die Welt: Jürgen Gottschlich (taz): Der Bibelforscher Constantin von Tischendorf
- So 28.11. **1. Adventsonntag** (Mt 24,29-44)
10.00 Uhr **Gemeindegottesdienst mit Adventkranzweihe** (siehe Kästchen)

Vorschau Dezember 2010

- So 05.12. **2. Adventsonntag** (Mt 3,1-12)
10.00 Uhr **Familiengottesdienst**
anschl. **Nikolausbesuch** im Theatersaal
Anmeldung der Kinder spätestens bis zum 26. November bei Frau Rita, Gemeindebüro Tel. (0212) 313 49 70.

Sankt Georgs-Gemeinde



Kart Çınar Sokak 2
34420 Istanbul-Karaköy
Tel +90 / 212 / 313 49 70
Fax +90 / 212 / 249 76 17
E-Mail: gemeinde@sg.org.tr
<http://www.sg.org.tr/gemeinde>

48. Deutscher Weihnachtsbasar in Istanbul

Samstag 27. November 2010 ab 12.00 Uhr im Deutschen Gymnasium (Alman Lisesi) und in der Deutschen Botschaftsschule unter Schirmherrschaft der Generalkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Istanbul

Der Basar bietet Ihnen:

Adventkränze - Weihnachtsschmuck - Antiquariat - Handarbeiten - Kinderprogramm - Tombola - Weihnachtsgebäck - Glühwein und Stollen - Kaffee und Kuchen - Wein und Bier mit besonderen kulinarischen Spezialitäten aus Deutschland - vorweihnachtliche Stimmung - musikalische Überraschungen

Vom Erlös werden unterstützt:

Die soziale Arbeit innerhalb der deutschsprachigen Kolonie, Alten- und Pflegeheime in Istanbul, Waisenhäuser und Aufnahmestellen für Straßenkinder und andere bedürftige soziale Einrichtungen

Organisation: Christa Köhle

Tel. (0532) 492 71 01 - candekohle@superonline.com

**Adventkranzbinden**

So wie jedes Jahr werden auch heuer wieder in St. Georg Adventkränze gebunden und am

1. Adventsonntag in der Kirche gesegnet.

Interessierte können sich bei Frau Andrea Steiner, Tel. (0212) 251 43 79 oder im Gemeindebüro, Tel. (0212) 313 49 70 melden.

Gerne weisen wir auch darauf hin, dass im Rahmen des Deutschen Weihnachtsbasars ebenfalls Adventkränze erhältlich sind. Nähere Informationen bei Frau Mittel Tel. (0212) 244 44 80; (0531) 703 46 64.

Unser Konto für Spenden lautet auf:

St. Georgs-Gemeinde - Provinzialat der Lazaristen, Kto-Nr. 0427-02910/00 bei der Bank Austria-CA (BLZ 12000)
IBAN: AT 85 1100 0042 7029 1000 / BIC: BKAUATWW

Katholische deutschsprachige Gemeinde St. Paul

34365 Istanbul - Nişantaşı, Büyük Çiftlik Sokak No. 22

Tel. 219 11 91, Fax 240 76 38; E-Mail: mail@stpaul.de; <http://www.stpaul.de>

November 2010

Mo	01.11.	19.00 h	Messe zu Allerheiligen
Mi	03.11.	16.00 h	Gottesdienst am kath. Friedhof Feriköy zum Totengedenken, anschl. Kranzniederlegung
So	07.11.	10.30 h	Festgottesdienst anlässlich der Einführung von Pater Christian Rolke CM durch den Apostolischen Vikar Bischof Louis Pelâtre
So	14.11.	10.30 h 14.30 h	33. Sonntag im Jahreskreis, Heilige Messe in St. Paul Andacht zum Volkstrauertag in Tarabya - anschl. Kranzniederlegung
Sa	27.11.	12.00 h	48. Deutscher Weihnachtsbasar im Dt. Gymnasium und in der Dt. Botschaftsschule
So	28.11.	16.30 h	1. Adventsonntag, Heilige Messe in St. Paul, anschließend Adventansingen mit Glühwein und Stollen und meditativer Orgelmusik. Herzliche Einladung an alle!

Vorträge über Gott und die Welt am Mittwoch, 24. November, 19.30 Uhr in der Kreuzkirche Jürgen Gottschlich: „Der Bibeljäger. Die abenteuerliche Suche nach der Urfassung des Neuen Testaments“

Der deutsche Bibelforscher Constantin von Tischendorf machte Mitte des 19. Jh. einen sensationellen Fund. Nach Jahren abenteuerlicher, mühsamer und gefährlicher Suche entdeckte er im uralten Katharinenkloster mitten in der Sinai-Wüste einen Stapel Pergamentblätter. Dieser „Codex Sinaiticus“ aus dem 4. Jh. enthält das älteste jemals entdeckte, vollständige Neue Testament – und auch Passagen, nach denen man in der heutigen Bibel vergeblich sucht. Tischendorf brachte große Teile des Codex 1859 nach Europa. War es eine Rettungsaktion oder ein Kunstraub?

Jürgen Gottschlich ist auf den Spuren Tischendorfs gereist und nimmt uns mit auf ein geistiges wie emotionales Abenteuer durch 2000 Jahre Kulturgeschichte – bis zur Digitalisierung des Codex im Jahr 2009.

Jürgen Gottschlich hat Philosophie und Publizistik in Berlin studiert, war 1979 Mitbegründer der taz und bis 1993 dort als Journalist tätig, zuletzt als stellvertretender Chefredakteur; seit 1998 ist er Korrespondent für verschiedene Zeitungen in Istanbul.

Evangelische Gemeinde deutscher Sprache in der Türkei

34435 Istanbul - Beyoğlu, Aynalıçeşme, Emin Camii Sokak No. 30

Tel. 250 30 40, Fax 237 15 50; E-Mail: deuki@gmx.net; <http://www.evkituerkei.ag.vu>

November 2010

Mi	03.11.	10.30 h 16.00 h	Handarbeitskreis Gottesdienst am kath. Friedhof Feriköy zum Totengedenken, anschl. Kranzniederlegung
So	07.11.	10.30 h	Festgottesdienst anlässlich der Einführung von Pater Christian Rolke CM in St. Paul
Di	09.11.	14.00 h	Seniorenkaffee in St. Paul
Mi	10.11.	10.30 h	Handarbeitskreis
So	15.11.	14.30 h	Andacht zum Volkstrauertag (Pater Rolke) in Tarabya - anschl. Kranzniederlegung
Mi	17.11.	10.30 h	Handarbeitskreis
So	22.11.	18.30 h	Abendgottesdienst zum Ewigkeitssonntag
Mi	24.11.	10.30 h	Handarbeitskreis
		19.30 h	Vorträge über Gott und die Welt - siehe oben
Sa	27.11.	12.00 h	48. Deutscher Weihnachtsbasar im Dt. Gymnasium und in der Dt. Botschaftsschule
So	28.11.	10.30 h	„Aufräumgottesdienst“ zum 1. Advent

avusturya kültür ofisi^{ist}

Österreichisches Kulturforum, Istanbul
 Palais Yeniköy, Köybaşı Caddesi No: 44
 34464 Yeniköy - Istanbul
 Tel.: (0212) 363 84 15 Fax: (0212) 223 34 69
 E-mail: istanbul-kf@bmeia.gv.at
 Homepage: www.aussenministerium.at/istanbulkf

Ausstellung

Rabnitztaler Malerwochen 2010

Die Rabnitztaler Malerwochen feiern dieses Jahr ihr 40jähriges Bestehen. Wir vom St. Georgs-Kolleg dürfen hier einige der Künstler persönlich begrüßen und sind schon gespannt, welche neuen Werke wir bewundern können.

St. Georgs-Galerie 05.11.-26.11.2010
 Bankalar Cad., Kart Çınar Sok. 2
 34420 Karaköy, Istanbul

Ausstellungseröffnung: 05.11.2010; 18.30 h
 Öffnungszeiten: Mo - Fr. 08.00-17.00 h

Konzerte

Gottlieb Wallisch, Klavier

Gottlieb Wallisch wurde bereits als Sechsjähriger an die Universität für Musik und darstellende Kunst in Wien aufgenommen. Er konzertierte mit führenden Orchestern, u.a. den Wiener Philharmonikern, den Wiener Symphonikern, dem Stuttgarter Kammerorchester, der Camerata Salzburg, dem Royal Liverpool Philharmonic Orchestra, dem RSO Wien und dem BBC National Orchestra of Wales. Im September 2010 wurde er zum Professor für Klavier an der Haute École de Musique de Genève ernannt.

Programm: W. A. Mozart, S. Themessl, L. v. Beethoven, R. Schumann

Kulturforum 05.11.2010; 19:30 h

"Liebeslieder-Abend"

Pınar Yıldırım, Mezzo Sopran
 Aylin Layık, Klavier

Die in Istanbul geborene Pınar Yıldırım schloss 2003 ihr Studium an der Mimar Sinan Universität im Kunstfach Oper ab. Seit 2009 ist sie dort als Lehrbeauftragte im Opernhauptkunstfach Gesang tätig und lehrt an der Musikabteilung der Marmara Universität.

Unterstützt durch:

 Bundesministerium für europäische
und internationale Angelegenheiten

Die 1969 in Istanbul geborene Aylin Layık begann 1980 ihr Klavierstudium bei Prof. Judith Uluğ am Istanbul Staatskonservatorium 1990 schloss sie ihr Studium am Staatskonservatorium der Mimar Sinan Universität für bildende Künste ab. Seit 1990 ist sie als Lehrbeauftragte am Staatskonservatorium sowie Musikkordinatorin des Hauptkunstfaches Ballett der Mimar Sinan Universität für bildende Künste tätig.

Programm: W. A. Mozart, F. Schubert, R. Schumann, E. Grieg, P. Tschaikowski, J. Strauss, G. Mahler

Kulturforum 24.11.2010; 19.30 h

Festival

amberFestival
amber'10 Kunst- und Technologiefestival "Datacity"
"Interface Culture" Exhibition
Martin Kaltenbrunner

Michaela Ortner und Varvara Guljajeva

amberFestival ist das erste und einzige Festival in der Türkei, das Kunst und Technologie/Medienkunst miteinander verbindet und wird seit 2008 von der Agentur Europäische Kulturhauptstadt Istanbul unterstützt.

Studenten des Masterprogramms "Interface Culture" der Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz werden ihre Werke, die sie jährlich beim Ars Electronica Festival ausstellen, beim amberFestival präsentieren.

Für weitere Informationen: www.amberconference.org
www.amberfestival.org www.amberplatform.org

Sanat Limanı, Antrepo No 5
 Tophane/Istanbul 05.-14.11.2010

Filmfestival

22. Internationales Istanbul Kurzfilmfestival

Österreich wird durch folgende Beiträge vertreten sein:

Adnan Popovic: Laokoongruppe: Walzerkönig (2009)
 Veronika Schubert: Tintenkiler (2009)
 Willi Dörner/Michael Palm: Body Trail (2009)
 Ascan Breuer: Paradise Later (2010)
 Severin Fiala/Ulrike Putzer: Elefantenhaut (2009)

Für weitere Informationen und Schauplätze:
<http://www.istanbulfilmfestival.com/>

in Istanbul 08.-14.11.2010

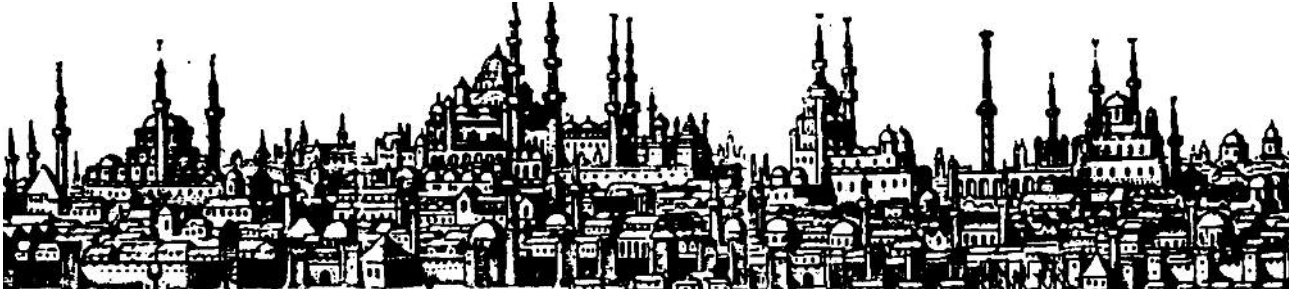
Impressum

Sankt-Georgs-Blatt

Aylık yaygın, ahlaki, içtimai ve aktüel dergi
 İmtiyaz Sahibi: Nejat Günsel
 Yazı İşleri Müdürü: Birgül Şahinler

İdarehane: Kart Çınar Sokak 2, TR-34420 Karaköy/Istanbul
 Tel: 0212 313 49 70 / Fax: 0212 249 76 17

OFSET HAZIRLIK: Papirüs basım
 BASKI: Bordo Matbaa San. ve Tic. Ltd. Şti.
 Litros Yolu 2. Mat. Sit. 4NA26 TOPKAPI - İST. Tel: 613 47 86



FRAU MAGDA BERICHTET INTERESSANTES AUS DER TÜRKEI

Wissenswertes im November 2010:

05.11.1925

Vor 85 Jahren eröffnete der Staatspräsident Gazi Mustafa Kemal in Ankara eine juristische Fakultät.

04.11.1909

Das Bahnhofsgebäude in Haydarpaşa übernimmt mit einer festlichen Eröffnung seinen Dienst für den Nah- und Fernverkehr. Der Name des Bahnhofs geht auf einen Minister des Sultans Selim III. zurück, der Besitzer des Geländes war, auf dem die zum Bahnhof gehörenden Gebäude errichtet wurden. Für den Bau zeichneten zwei deutsche Architekten, Otto Ritter und Helmuth Conu. Für die Stabilität sorgten mehr als zweitausend Pfähle, die in den Boden eingerammt waren. Innerhalb von drei Jahren konnte das Gebäude fertig gestellt werden. Es war das Tor nach Anatolien und später mit neuen Bahnverbindungen das Tor nach Asien. Täglich durchqueren immer noch Hunderttausende von Reisenden das eindrucksvolle Gebäude.

10.11.1938

Todestag des Gründers der Republik Türkei. Am 08.11.1938 hatte eine Verlautbarung der behandelnden Ärzte bereits auf den ernststen Gesundheitszustand des Staatspräsidenten hingewiesen. Mustafa Kemal Atatürk, der erste Staatspräsident dieses Landes, starb um 09.05 Uhr im Dolmabahçe Palast. Noch heute erinnern Sirenentöne an seine Todesstunde. Im ganzen Land ruht für eine Gedenkminute der gesamte Verkehr.

12.11.1929

Nach der Schriftreform werden erste türkische Briefmarken mit lateinischer Schrift in den Verkehr gebracht.

12.11.1934

Türkische Frauen beginnen sich in der Kommunalpolitik zu betätigen. Bursa wählt Zehra Hanım zur stellvertretenden Bürgermeisterin.

14.11.1850

Fath Ali Ahonzade gibt in Aserbeidschan eine tür-

kische Tageszeitung heraus, die erfreulichen Zuspruch findet.

15.11.2010

Vortrag des "Kurban Bayramı", Arife Günü.

16.-19.11.2010

Muslime in der Türkei beginnen ihren Tag mit dem Bayramgebet, in Ankara um 07.17 Uhr, in Izmir und Istanbul um 07.36 Uhr. Das Opferfest, "Kurban Bayramı", ist das zweite religiöse Fest der muslimischen Welt im Jahresablauf und beschließt die Pilgerzeit. Alle Pilger besuchen heute die heiligen Stätten in Mekka und lassen nach dem Bayramgebet ihre Opfertiere schlachten. Vermögende Muslime bringen oft mehrere Opfertiere dar. Dreiviertel vom Fleisch der Opfertiere muss unbedingt an Arme und Bedürftige verteilt werden. Daher bitten heute Wohltätigkeitsvereine und Pflegeheime die Gläubigen um eine Geldspende, mit der das Schlachten der Opfertiere ihren Organisationen übertragen wird. In modernen Kühlanlagen bewahrt man das Fleisch auf und deckt so einen Teil des Fleischbedarf dieser Anstalten.

17.11.1958

In Erzurum nimmt die Atatürk Universität ihren Lehrbetrieb auf.

19.11.1961

Ismet İnönü gründet das erste Koalitionskabinett in der Türkei. Er dokumentiert damit einen Fortschritt auf dem Wege zur Demokratie.

Wussten Sie...,

... dass früher auf der Galatabrücke Zoll erhoben wurde? Fußgänger zahlten damals fünf Para (etwa ein Achtel Kuruş), Lastenträger zehn Para, für Pferde musste man jeweils zwanzig Para entrichten, für beladene Pferde zahlte man den doppelten Preis, Fuhrwerke mussten hundert Para entrichten, beladene Fuhrwerke das Doppelte. Für Schafe, Lämmer und Ziegen erhob man je acht Para. Nur Katzen und Hunde konnten die Brücke kostenlos überqueren.